



Globalisierung - Tendenzen und Gestaltungsmöglichkeiten

Prof. Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin
Sonntagsvorlesung im Rathaus Pankow am 21.4.02

Nachschrift: Hans Schuster

Die Globalisierung als Wohlstandsmaschine zu bezeichnen sei nicht völlig falsch, die Verflechtung der Volkswirtschaften zur Weltwirtschaft habe positive Auswirkungen. Die immer vollständiger Erschließung der Märkte und Ressourcen gehöre zu der gewaltigen Explosion der Produktivkräfte, die mit der industriellen Revolution begann. Das Pro-Kopf-Einkommen lag seit der Zeitenwende bis etwa 1900 in der ganzen Welt bei ungefähr 400 Dollar, sein Wachstum bei null. Mit der industriellen Revolution stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den USA auf über 25000 Dollar 1998, auf etwa 17000 in Westeuropa und weltweit im Durchschnitt immerhin auf über 5000 Dollar.

Globalisierung bedeute, dass der ganze Globus in ein einziges Wirtschaftssystem einbezogen wird. Zu ihr gehöre, dass das Kapital sich für sein Wirken überall optimale Bedingungen schafft: Öffnung nationalstaatlicher Grenzen; Abbau von Auflagen und Verpflichtungen, die die Unternehmen einengen (Deregulierung); Privatisierung von bisher staatlichen oder kommunalen Leistungen einschließlich Leistungen der Daseinsvorsorge; Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen; Freizügigkeit der Finanzmärkte. Die Dienstleistungsmärkte unterlägen ebenfalls der internationalen Konkurrenz. Unsichere Arbeitsplätze und Standortwettbewerb desolidarisieren.

Auch die Verantwortung der Akteure werde global: Über ihre Beteiligung am Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die von uns gewählte Regierung beteiligt am gegenwärtigen Zusammenbruch Argentinien, des Musterschülers des IWF bei Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung.

Im Prozess der Globalisierung werden einschneidende Probleme sichtbar:

1. Extreme Ungleichheit der Entwicklung

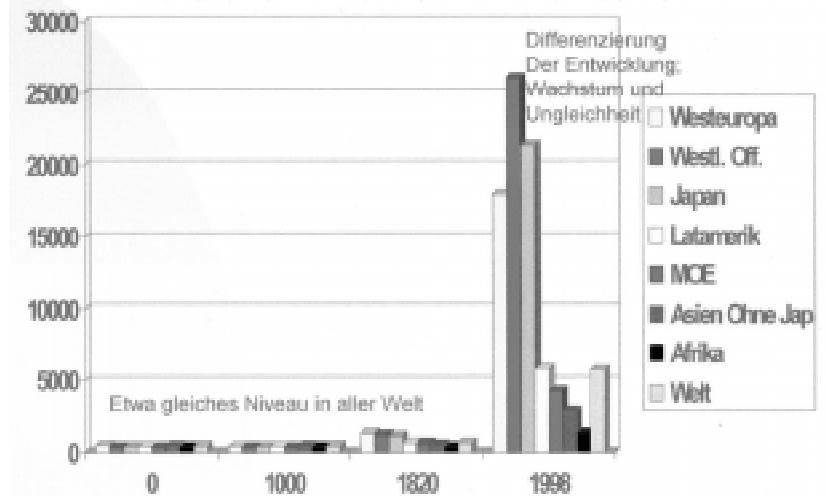
In den 60er Jahren lag die Einkommensspanne zwischen den jeweils reichsten und ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung bei 30:1, in den 90ern bei 70:1 - ein Verteilungsskandal. Es gibt ein Programm der G7, die Armut in der Welt auf die Hälfte zu reduzieren. Armut wurde dabei definiert als Einkommen von weniger als einem Dollar pro Kopf und Tag. Seit Verkündung des Programms gibt es 150 Millionen mehr Arme, vor allem in Afrika.

Ein Teil der Länder sei durch einen wirksamen Mechanismus vom Nutzen der Globalisierung ausgeschlossen: Sie benötigen Kredite zur Förderung ihrer Entwicklung. Unabhängig vom mehr oder weniger zweckmäßigen Einsatz dieser Kredite bewirken sie Zunahme von Armut, denn seit den 70er Jahren sind die Realzinsen weltweit höher als der Wirtschaftsertrag. Die Industrieländer (Kreditgeber) werden reicher, die Entwicklungsländer (Kreditnehmer) zahlen zu.

Optimistische Erwartungen, durch Wachstum Armut zu besiegen, wurden erstmals durch die Mexiko-Krise 1994 verhagelt. Schulden an die ausländischen Banken und Fonds konnten

Level of GDP per Capita; World and Major Regions
(in 1990 International Dollars)

Quelle: Maddison, Angus (2001): The World Economy - A Millennial Perspective, (OECD) Paris: 28



nicht mehr bedient werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und bilaterale Quellen mussten 47,8 Mrd. Dollar einschießen. Der mexikanische Peso wurde um die Hälfte abgewertet, mexikanische Vermögenswerte damit um die Hälfte billiger für ausländisches Geld, Sozialleistungen und Löhne wurden gekürzt.

Die Öffnung der Schere zwischen Wachstum und Realzinsen trifft auch die entwickelten Industrieländer (G7). Die Realzinsen von zehnjährigen Staatsanleihen lagen in den Jahren 1959 - 71 im Durchschnitt um 3,15 Prozent unter der realen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (Deutschland 1,99 Prozent); 1971 - 81 um 2,87 Prozent (Deutschland bereits 0,69 Prozent darüber). Die Geldaufnahme konnte sich insgesamt rentieren.

In den folgenden 20 Jahren veränderte sich das Bild: 1982 - 91 lagen die Zinsen um 2,30 Prozent über dem erzielten Zuwachs des Bruttosozialprodukts (Deutschland 1,93 Prozent), 1992 - 01 um 2,13 Prozent (Deutschland 2,61). Die Gewinne der Gläubiger wachsen schneller als das Bruttosozialprodukt, die Staaten verschulden und reduzieren Leistungen an die Bevölkerung.

2. Instabilität mit gewaltigen Konsequenzen

Die Wirtschaft werde zunehmend von der Logik der Finanzmärkte bestimmt. Diese Logik ist kurzfristig: der shareholder value muss steigen, der standholder value ist aus den Augen. Spekulation auf den Finanzmärkten bringt seit längerem mehr ein als Investition.

Die Finanzmärkte wachsen bedeutend schneller als die reale Wirtschaft. Finanzmärkte sind aber instabil, weil hoch risikobehaftet. Finanzkrisen sind desaströs geworden. Afrika wurde bereits in den 80er Jahren aus dem Weltmarkt katapultiert, von vier Prozent der Exporte auf 1,5 Prozent.

Die Krisen in den Schwellenländern Thailand 1997, Indonesien 1997 - 99, Korea 1997, Russland 1998/99, Brasilien 1998, Türkei 2000, Argentinien 2000 kosteten internationale Hilfspakete in Höhe von 284,3 Mrd. Dollar. Mit diesen Zuschüssen aus Steuermitteln der entwickelten Staaten wurden Staatspleiten verhindert und vermieden, dass die großen Banken und Fonds unter den Kosten der Krisen leiden. Die großen institutionellen Investoren, die einen immer größeren Teil des Kapitals zusammenfassen und das Anspruchsdenken Anderer an den Staat verteufern, ließen sich das Einkommen ihrer Aktionäre durchaus staatlich garantieren. Die Weltfonds der entwickelten Staaten sichern das Risiko der Gläubiger ab.

Das gelte natürlich nicht für die Kreditnehmerländer. Ihnen erwachsen beträchtliche Einbußen, die unmittelbar die Bevölkerung trafen. Bemerkenswert sei der enge zeitliche Zusammenhang zwischen Maßnahmen der Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung und den Banken Krisen.

Übrigens habe auch das Land Berlin auf Kosten der Bevölkerung seine Bank abgesichert, deren Management Milliarden in den Sand setzte.

Durch die Finanzkrisen würden gesellschaftliche Strukturen verändert. In den Schwellenländern stieg die

Dynamik der weltweiten Finanzmärkte 1990-2000		
Gegenstand	Maßstab	Steigerung
Bruttoinlandsprod.	Faktorkosten (laufende Preise)	1,5
Investitionen		1,4
Exporte		1,6
Direktinvestitionen	Stromzahlen (inward + outward):2	5,5
	Bestände	3,4
	Fusionen	7,6
Aktien	Marktkapitalisierung	
	Jahresende	3,3
	Umsätze	10,0
Anleihen	Bestände	2,3
	Umsätze	7,1
Derivate	Bestände	17,8
	Umsätze (börslich)	3,1

Quelle: Enquete-Kommission des Bundestags "Globalisierung"

Bankenkrisen in ausgewählten Ländern

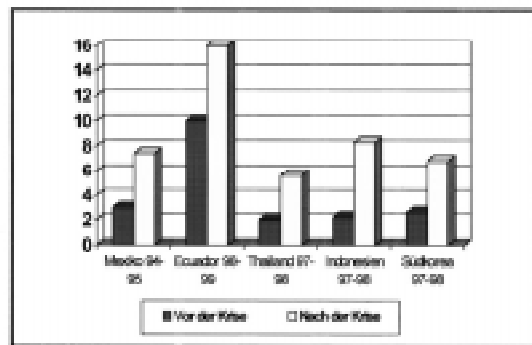
Land	Deregulierung oder Privatisierung und Liberalisierung des Finanzsektors	Bankenkrise	Kosten der Bankenkrise für den staatlichen Haushalt in % des BIP
Mexiko	1989-1992	1995-2000	20
Ecuador	1992-1996	1998-	25
Argentin.	1990-1993	1994-1997	30
Venezuela	1989-1992	1994-2000	35
Südkorea	1992-1996	1998-2000	25
Thailand	1992-1996	1998-2000	22
Indones.	1992-1996	1998-2000	50
Russland	1990-1994	1998-2000	40
Tschech.	1990-1994	1999-	n.v.
Türkei	n.v.	2000-	n.v.

Quelle: Daten der Weltbank (2000)

3 Arbeitslosigkeit nach Finanzkrisen wesentlich an. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung werden in den informellen Sektor abgedrängt mit unterbezahlter Arbeit und rechtlosen Arbeitsverhältnissen, oder sie suchen im direkten Austausch zu überleben. In vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens lebe schon die Mehrheit der Bevölkerung von informeller Arbeit. Für Frauen sei in noch höherem Maße als für Männer nur derartige Arbeit möglich.

Übrigens seien in Westeuropa etwa 20 Prozent Arbeitsverhältnisse informell, im mediterranen Raum 40 Prozent.

Die Arbeitslosenzahlen vor und nach den Finanzkrisen in Schwellenländern (in Prozent)



Quellen: Weltbank (2000), INEGI (2001), Banco Central del Ecuador (2001), BOK (Monthly Statistical Bulletin 2001)

3. Desintegration der Gesellschaft

Nationale Institutionen gewährleisteten in vielen Ländern Sicherheit für die Lebensplanung. Sie könnten das unter den gegebenen Umständen vielfach nicht mehr. Zugleich werde die unternehmerische Initiative mehr und mehr von Regeln, Auflagen und Aufsicht befreit, oder es seien bessere Bedingungen gegeben, sich ihnen zu entziehen. Beides führe dazu, dass entstehende Freiräume illegal oder kriminell genutzt und mehr Menschen darin verwickelt werden. Gegenstand seien vor allem Menschenhandel (betrifft vor allem Frauen und Kinder), Drogen, Anlagebetrug (stark zunehmend) und Handel mit illegalen Rohstoffen (z.B. Blutdiamanten). Der Umfang wird auf 1500 Mrd. Dollar jährlich geschätzt, etwa 5 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts.

Das Geld werde gewaschen und sei dann anständig. Die Finanzaufsicht erwische von 1000 Dollar Waschgeld einen. Einer verschärften Bankenaufsicht haben sich Wirtschaft und Regierungen, voran die USA, lange Zeit vehement entgegengestellt. Der Terrorakt vom 11. September hat in den USA die Einstellung dazu verändert. Die Geldwäscherichtlinien wurden verschärft, um Terrororganisationen finanziell auszutrocknen. Auch in der Bundesrepublik hätten CDU/CSU/FDP ihren Widerstand dagegen erst spät aufgegeben, schwere Steuerhinterziehung als Vortat zur Geldwäsche zu verfolgen

Was muss getan werden?

Die Globalisierung sei nicht rücknehmbar; es sei auch nicht wünschenswert, sie zurück zu nehmen. Aber das Regelwerk der Globalisierung müsse geändert werden, damit sie nicht ihre Kinder frisst. Die Wirtschaft müsse international verbindlichen Regeln und Verpflichtungen unterworfen sein. Die Finanzmärkte müssten kontrolliert und besteuert werden. Bestimmte Geschäfte und gerade kurzfristige Kapitalanlagen sollten verboten oder dafür hohe Sicherheiten eingefordert werden.

Die Institutionen der Weltwirtschaft müssten reformiert und demokratisiert werden. Die USA dürften in ihnen keine Sperrminorität haben und die Länder des Südens sollten gewisse Stimmrechte bekommen. Es müssten Regeln für die Konsenssuche zwischen Gläubigern und Schuldern gefunden und dabei die Abwälzung des unternehmerischen Risikos auf die Allgemeinheit unterbunden werden.

Das werde neben Aufklärung öffentlichen Druck auf die Entscheidungsträger erfordern. In begrenztem Maße sei der möglich mit dem Stimmzettel bei Wahlen. Mehr Erfolg verspreche die Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen, die sich mit diesem Thema beschäftigen; ATTAC z.B. verträte wesentliche Ziele. Auch die Gewerkschaften sollten sich stärker gefordert fühlen.

Aus der Diskussion:

Warum werden Steueroasen nicht geschlossen? Einige gewannen vermittels der Steueroasen, das Gemeinwesen verliere. Frage sei, wer sich durchsetze. Die OECD habe eine Reihe Steueroasen genannt, die nicht mit den Staaten kooperieren, aus denen das Geld zu ihnen kommt: Liechtenstein, Luxemburg, Pazifikinseln, Monaco, die Kanalinseln, Montana in den USA, Israel. Man könnte durch Sanktionen und Gebühren mehr Druck ausüben.

Wie sind Staatsverschuldung und Stabilisierungspolitik zu bewerten? In der Bundesrepublik habe sich ungeheures Vermögen angesammelt, wenngleich sehr unterschiedlich verteilt. Wo Vermögen sei, müssten Schulden sein. Schulden tilgen ohne Vermögen anzutasten sei ein Unding. Hier ist die Frage, an wen der Staat seine Schulden übertrage und auf welche Art.

Sollten nicht am besten Zins und Zinseszins abgeschafft werden? Man sollte nicht über Geld und Zins reden, sondern über Produktion und Kapitalismus. Man könne dem Geld keine neuen Regeln auferlegen, wenn man nicht an die Art und Weise der Produktion herangehe oder herangehen wolle.

Bleibt bei der Globalisierung nicht das Völkerrecht auf der Strecke? Völkerrecht ist zwischenstaatliches Recht, das werde nicht durch die Globalisierung beschädigt. Anders sei es mit den Rechten der Völker, zum Beispiel dem Recht auf Entwicklung. Aber das sei nicht kodifiziert.

Über das Recht der Völker auf Entwicklung

Aus der Rede des US-amerikanischen Unterhändlers Terry Miller auf der Vorbereitungskonferenz zur UNO-Konferenz "Financing for Development" im Oktober 2001

"First, there must be peace." Das ist sicherlich richtig, führt aber zur Frage, warum die "peace dividend" nach dem Ende des Kalten Krieges durch ein neues Wettrüsten unter Einbeziehung des Weltraums verpulvert wird und welche Rolle dabei die Industrieländer spielen.

"Second, there must be freedom and rule of law." Terry Miller erläutert: "It helps no one to talk about so-called 'right to development'. Such a right is an illusion."

"Third, countries must commit to capitalism...", for it is the only model that we know works." Das ist eine neue Variante des TINA-Diskurses: There is no alternative. Und folglich heißt es auch: "Governments that make these commitments have a chance to develop. Governments that do not have no chance at all."

Literatur:

Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit
Grenzen der Globalisierung
Westfäl.Dampfboot, Münster 1996

Boxberger, Gerald / Klimenta, Harald:
Die 10 Globalisierungslücken. Alternativen zur Allmacht des Marktes.
Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1998



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungs-Campus Berlin-Buch
Geschäftsstelle, PF, 13092 Berlin, od. Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin, T=030/94063845, F=/9494161 d.; T=030/4241718, F=42085416 p.
www.zukunfts-werkstatt.org / kontakt@zukunfts-werkstatt.org